

Zur Internationalen  
Digitalstrategie der  
Bundesregierung

# Deutschlands internationaler Digitalpolitik eine Richtung geben

## Die Ziele

Digitalisierung ist ein globales Phänomen, dementsprechend finden digitalpolitische Weichenstellungen häufig jenseits nationalstaatlicher Grenzen statt. Die von der Bundesregierung geplante Internationale Digitalstrategie (IDS) kann hier eine Lücke schließen, denn bislang folgt die deutsche Digitalpolitik auf internationaler Ebene nicht immer einer klaren Agenda. Wir begrüßen es daher sehr, dass mit der IDS eine klare Richtung vorgegeben wird.

Fünf Ziele sollten aus Sicht der Digitalwirtschaft handlungsleitend für die Strategie sein: (1) Deutschlands Digitalpolitik muss dazu beitragen, die **Wettbewerbsfähigkeit** deutscher und europäischer Unternehmen zu stärken. (2) Die **digitale Blockbildung**, also den Zerfall der Welt in unterschiedliche digitale Sphären, gilt es zu **verhindern**. (3) Digitalisierung muss nicht nur in Deutschland, sondern weltweit dazu beitragen, das **Klima zu schützen** und insgesamt nachhaltiger zu wirtschaften. (4) Unsere digitale **Infrastruktur** muss sicher und  **Krisenresilient** aufgestellt sein. (5) Deutsche **Forschungsinstitutionen** und -programme müssen global erfolgreich sein.

Wichtig dabei ist, dass die IDS nicht nur nach innen wirkt. Genauso ist sie eine Botschaft nach außen. Mit den richtigen Inhalten kann sie zu einem **Kooperationsangebot** an unsere (zukünftigen) Partner werden und Deutschlands Außenpolitik weiter stärken. Dieser Aspekt muss bei ihrer Formulierung zentral bedacht werden. Entsprechend sollte die Strategie auch direkt auf Englisch publiziert werden.

## Die Inhalte

Um die oben genannten Ziele zu erreichen, sollten in der IDS folgende **Handlungsstränge** im Fokus stehen:

- **Partner gewinnen & einbinden:** Regulatorisch ist Digitalpolitik international und v. a. europäisch. Damit die Digitalpolitik der Bundesregierung besser nach außen wirkt, empfehlen wir eine Reihe an Veränderungen an den Abstimmungsprozessen. Hierfür gilt es Silos aufzubrechen und agiler, z. B. in Projektgruppen, zu arbeiten. Dazu gehören auch eine Geschäftsordnung, die schnelle Entscheidungen zulässt und Koalitionspartner, die einander vertrauen. Vom Grundsatz „nothing is decided until everything is decided“ sollte die Bundesregierung in ihren internen Abstimmungen abweichen: Gerade bei EU-Regulierungsvorschlägen sollten die Häuser in die Lage versetzt werden, für im Ressortkreis unstrittige Positionen zügig auf EU-Ebene werben zu können. Andere, ggf. strittige Einzelpunkte können im weiteren Verlauf unter den Ressorts geklärt werden. Dieses Prinzip eines „**Minimum Viable Positioning**“ würde dazu führen, dass Deutschland in Regulierungsdebatten auf EU-Ebene deutlich früher als bisher stattfinden kann. Zudem sollte eine regierungsinterne Koordinierungsfunktion des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) für große EU-Digitalregulierungen in der internationalen Digitalstrategie festgeschrieben werden.

Neben Entschlossenheit und Geschwindigkeit braucht erfolgreiche Digitalpolitik starke Partner und noch **mehr Einsatz in den internationalen Gremien**. Zusätzlich zur Einbindung unserer europäischen und transatlantischen Wertepartner sind die Offenheit und das Werben um neue Partner, insbesondere aus dem globalen Süden, essenziell. Dafür muss Deutschland auch sein Engagement in internationalen Foren und Organisationen wie dem Internet Governance Forum (IGF) und der International Telecommunications Union (ITU) ausbauen. Dort, wo es bereits sehr aktiv ist, muss es dieses Engagement fortführen, etwa in den G7 oder den G20. Neben mehr Personal gehört dazu auch eine bessere Koordination innerhalb der Bundesregierung, wie sich Deutschland in verschiedenen Gremien und Komitees der einzelnen Organisationen einbringt.

- **Auf dem 1,5-Grad-Pfad bleiben:** Zur Erreichung der globalen Klimaziele kann der Einsatz nachhaltiger digitaler Technologien einen wesentlichen Beitrag leisten. Gleichzeitig kann der ökologische Fußabdruck dieser Technologien durch möglichst globale Regeln weiter reduziert werden, sodass der **Saldo aus CO<sub>2</sub>-Reduktion und -Ausstoß immer besser** wird. Die internationale Digitalstrategie sollte beide Stränge zum Inhalt haben und sowohl den globalen Roll-Out nachhaltiger digitaler Technologien, z. B. durch die Exportförderung sowie globale Wissensvermittlung, als auch das Hinarbeiten auf einen gemeinsamen globalen Wettbewerbsrahmen forcieren.

Die Vorgaben der EU zur Nachhaltigkeit digitaler Produkte sind ein zentraler Beitrag zum Klimaschutz. Dabei gilt es zu vermeiden, dass diese Vorschriften Produktion lediglich aus der EU in Länder mit niedrigeren Nachhaltigkeitsstandards verdrängen. Daher sollte die internationale Digitalstrategie zwei Punkte festschreiben: Einerseits sollte die Bundesregierung in der Ausgestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen darauf achten, dass eigene Vorgaben zur

digitalen Nachhaltigkeit, beispielsweise in Handelsabkommen, nicht aufgeweicht werden. Andererseits dürfen aber Handelsbeziehungen nicht im Übermaße eingeschränkt werden. Helfen würde ein einheitliches **europäisches Regime für den Umgang mit Handelspartnern**, die nicht die gleichen Nachhaltigkeitsstandards wie die EU erfüllen wollen.

- **Das Internet sicherer machen:** 79 Prozent der Cyberangriffe in Deutschland stammten 2022 aus Russland oder China.<sup>1</sup> Immer häufiger gefährden Angriffe Telekommunikationsnetze und damit das Nervensystem der digitalen Welt. Um internationale Cyberkriminalität besser zu bekämpfen, braucht es ein System von Regeln im internationalen Cyberspace, an dem sich möglichst viele Staaten beteiligen. Dafür sollte sich die Bundesregierung einsetzen und ihre **Cyberaußenpolitik ausbauen**. Es gilt, die Kooperation mit internationalen Sicherheitsbehörden zu verstärken. Zentrale Werkzeuge sind hier die Zuarbeit zum *UN Cybercrime Treaty* sowie der Schutz der Forschung zu Sicherheitslücken in Software. Der Einsatz für eine freie und offene Nutzung des Internets darf dabei nicht vernachlässigt werden.
- **Meinungsfreiheit im Internet schützen:** Immer mehr autokratische Staaten nutzen digitale Technologien zur Unterdrückung von demokratischen Bewegungen oder Minderheiten. Werkzeuge hierfür sind u. a. ungerechtfertigte Datenlokalisierungsvorschriften, *Content Moderation* oder gezielte *Internet Shutdowns*. Wo immer diese Maßnahmen außerhalb eines demokratisch ausgehandelten verhältnismäßigen Rahmens liegen, sollte die Bundesregierung das Thema zusammen mit ihren Partnern adressieren. Ziel muss es sein, **Minderheiten zu schützen und Menschenrechte einzuhalten**. Dazu gehört auch ein globales Eintreten für den Schutz der Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen.
- **Den Global Digital Divide reduzieren:** Der Zugang zum Internet und ausreichende digitale Kompetenzen sind globale Gerechtigkeitsfragen. Die Bundesregierung trägt schon heute dazu bei, den hier bestehenden *Global Digital Divide* zu reduzieren. Damit diese Maßnahmen noch erfolgreicher sind, gilt es, die Mittel der **Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung besser zu verzahnen**. Denn mit Blick auf die Reduktion dieser Kluft fallen die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung, z. B. sichere Netze, die Ausbildung von Fachkräften oder das Entstehen von Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe, häufig zusammen. Eine bessere Verzahnung wäre z. B. durch eine bessere Abstimmung von Projekten wie der Global Gateway Initiative mit den Bedarfen der Wirtschaft möglich.
- **Datenverfügbarkeit steigern & Datenschutz international stärken:** Datengetriebene Innovationen sind auf **funktionierende, grenzübergreifende Datenflüsse** angewiesen. Die Fragmentierung datenbasierter Wertschöpfungsketten gilt es umzukehren, aufzuhalten oder zumindest abzumildern: Nicht-personenbezogene Daten müssen auch weiterhin frei zwischen vertrauenswürdigen Partnern fließen können. Europa muss also internationale Partner für die gemeinsame Nutzung und Bereitstellung von Daten finden und fördern. Dafür sollte sich die Bundesregierung aktiv einsetzen. Zudem braucht es globale Mindeststandards für die Datenverarbeitung sowie ein internationales Datentransferrahmenwerk, z. B. im

<sup>1</sup> [Bitkom 2022](#).

Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder G7.

Große Bedeutung kommt dabei dem Datenschutz zu. Der Datenschutz muss internationaler ausgestaltet, um- und durchgesetzt werden. Hierfür sollte sich die Bundesregierung für eine **Europäisierung der Aufsichtsstrukturen** einsetzen, damit die EU mit einem harmonisierten, effizienten Datenschutzraum eine stärkere Position in internationalen Verhandlungen erlangt. Die Bundesregierung sollte außerdem für EU-Adäquanzentscheidungen für die strategisch wichtigen Märkte werben.

- **Zeitgemäße Handelspolitik:** Neben wettbewerbsfähigen Standortbedingungen sind der globale Handel und stabile Wertschöpfungsketten zentrale Voraussetzungen für den Erfolg deutscher Unternehmen – das gilt auch für die global vernetzte deutsche Digitalwirtschaft. Grundsatz digitaler Handelspolitik muss dabei die **Reziprozität** sein. Die digitale Handelspolitik sollte daher stets auf die Gewährleistung gleicher und fairer Bedingungen für alle Marktteilnehmer auf Grundlage wertebasierter Regelungen abzielen.

Das internationale Handelssystem hält dabei allzu häufig mit dem Tempo der Digitalisierung nicht Schritt. Entsprechend braucht es ein kontinuierliches und stärkeres Engagement der Bundesregierung für den digitalen Handel. Insbesondere bedarf es eines Engagements für die **Weiterentwicklung der World Trade Organization (WTO) zur DTO** – der Digital Trade Organisation – und den weiteren Einsatz für das Moratorium auf Zölle für digitale Produkte.<sup>2</sup>

Zu einem fairen Umgang miteinander gehört auch der **Schutz geistigen Eigentums** – und hierfür braucht es ein weltweites Engagement. Leider sehen sich europäische Rechteinhaber in diversen Drittländern, darunter etwa China und Russland, mit unzureichenden Schutz- und Durchsetzungsmaßnahmen durch die Institutionen vor Ort konfrontiert. Die Bundesregierung sollte daher bilateral darauf hinwirken, dass die Vorgaben des internationalen Rechts, insbesondere des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPs), global eingehalten werden.

- **Globale Normen und Governance fördern:** Zurzeit droht die Welt in verschiedene technologische Sphären zu zerfallen. Um die bereits skizzierten Gefahren für ein freies Internet abzuwenden und globale Märkte möglichst offen zu halten, gilt es, das System der Standardisierung und Normung zu nutzen und zu fördern. Der **Einsatz deutscher Unternehmen und insbesondere KMU in den internationalen Gremien** der Standardisierung und Normung sollte finanziell unterstützt werden. Das bestehende System sollte dabei nicht für die Durchsetzung politischer Ziele genutzt werden. Stattdessen sollten sich in den Gremien Expertinnen und Experten zu den normungs- bzw. standardrelevanten Fragen austauschen und einigen. Nur wenn Vertrauen besteht, dass eine technische und keine politische Debatte geführt wird, bleibt das System attraktiv und wird auch global genutzt.

Darüber hinaus gilt: Wo immer die Bundesregierung versucht, Regeln für den Umgang mit einzelnen Technologien, wie z. B. Künstlicher Intelligenz (KI), zu etablieren, sollte dies im internationalen Maßstab geschehen, also zusammen mit

<sup>2</sup> [Bitkom 2022](#).

globalen Wertepartnern. Nationale Alleingänge schaffen im Wesentlichen Wettbewerbsnachteile, aber verfehlen zumeist das eigentliche Regulierungsziel. Entsprechend sollte sich die Bundesregierung für die **Normung von KI im Schulterschluss mit Partnern** auch außerhalb der EU, also etwa den USA, Japan und Südkorea, einsetzen. Sonst laufen Deutschland und Europa Gefahr, durch regulatorische Alleingänge als Innovationsstandort unattraktiver zu werden.

KI-Regulierung und Rahmenbedingungen müssen ausgewogen, ethisch vertretbar und Teil eines international interoperablen Rechtsrahmens sein. Die Interoperabilität würde es ermöglichen, dass verschiedene Regulierungssysteme interagieren und zusammenarbeiten und die Voraussetzungen für einen robusten Verbraucherschutz bei gleichzeitiger Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit und kollektiver Innovation schaffen.

Wichtig ist außerdem, insbesondere EU-Regulierungen international bekannt zu machen, sobald diese etabliert worden sind. Ziel muss sein, auf diesem Wege zu einem global kohärenteren Regelwerk für unternehmerische Tätigkeit beizutragen. Entsprechend sollte sich die Bundesregierung zusammen mit Institutionen und Mitgliedstaaten der EU dafür einsetzen, **Partnerländer für eine Regulierung nach EU-Vorbild** zu gewinnen. Im Status Quo ist dies z. B. mit dem Projekt der Internationalen Digitaldialogen u. a. im Bereich Datenschutz der Fall. Entsprechende Projekte sollten ausgebaut werden. Das Prinzip ist aber auch umgekehrt anwendbar: Nicht immer muss das Rad neu erfunden werden, wenn andere Weltregionen bereits gute regulatorische Ansätze umsetzen. Die Bereitschaft zum „Policy Learning“ ist in Europa und insb. in Deutschland noch viel zu wenig ausgeprägt.

- **Forschungspolitik ausbauen:** Innovationen entstehen immer stärker in globalen Netzwerken. Damit der deutsche Forschungsstandort Weltspitze bleibt und der Transfer in die Anwendung besser gelingt, sollte die internationale Digitalstrategie auch hier klare Maßgaben enthalten. Essenziell ist es dabei, die **Forschungsnetzwerke** von Unternehmen über Institute bis zur Universität und Hochschule mitzudenken. Es braucht ein möglichst offenes Angebot für die Teilnahme an Forschungsprojekten, z. B. innerhalb von Horizon Europe und eine Stärkung des Austausches, z. B. durch verstärkte Studienkooperationen und Austauschprogramme. Insgesamt gilt: Die Forschungspolitik sollte vor allem auch als Kooperationsangebot an unsere Partner verstanden werden.
- **Fachkräfte gewinnen:** 2022 gab es in Deutschland 137.000 offene Stellen für IT-Fachkräfte<sup>3</sup>. Zuwanderung ist unverzichtbar, um diesen Bedarf auch nur ansatzweise zu decken. Viele der Hausaufgaben, die Deutschland hier erledigen muss, sind nationaler Art und das novellierte Fachkräfteeinwanderungsrecht ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es geht aber nicht nur um Regeln, es geht auch um das **Bild, das Deutschland abgibt:** Für welche Digitalpolitik Deutschland auf der internationalen Bühne steht und als wie innovativ das Land im Konzert der führenden Wirtschaftskräfte wahrgenommen wird, sind ebenso Faktoren für die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Wieder attraktiver für die klügsten Köpfe zu werden ist mitentscheidend dafür, ob Deutschland ein funktionierendes Einwanderungsland ist.

<sup>3</sup> Bitkom 2022.

Grenzübergreifendes Studieren, Forschen und Arbeiten können auch durch **Abkommen mit unseren Partnern** gestärkt werden. Sozialversicherungs- und steuerrechtliche Abkommen sowie solche für den studentischen Austausch mit unseren Partnerländern sollten wir ausbauen. Denn grenzübergreifendes Studieren, Forschen und Arbeiten sowie die Ermöglichung von *Remote Work* tragen dazu bei, Deutschland international attraktiver zu machen – und es stärkt die globale Zusammenarbeit.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

#### Herausgeber

Bitkom e.V.  
Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

#### Ansprechpartner

Fabian Zacharias | Leiter Politik  
T 030 27576-105 | f.zacharias@bitkom.org

Christoph Tovar | Referent für Internationales & Innovationspolitik  
T 030 27576-145 | c.tovar@bitkom.org

#### Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Außenwirtschaftspolitik  
AK Public Affairs

#### Copyright

Bitkom 2023

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.